

Antrag 64/I/2026

Abt. 08/13 Buckow

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission

erledigt durch 57/I/2026 (Konsens)

Völkerrecht fortschreiben und ins Bewusstsein der Menschen rücken

1 Die SPD muss zur Kenntnis nehmen, dass sich die Völker-
2 gemeinschaft teilweise vom Völkerrecht distanziert, um
3 sich zunehmend in neuen rechtlichen Parallelstrukturen
4 zu organisieren.

5 Ferner stellt die SPD fest, dass die Ausgestaltung des
6 Völkerrechts nicht in genügendem Maße ermöglicht, auf
7 Staaten, die durch Gewaltherrschaft gegen die eigene Be-
8 völkerung, humanitäre Katastrophen erzeugen, angemes-
9 sen einzuwirken.

10 Die große historische Leistung der Völkergemeinschaft,
11 sich nach zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert, sich auf
12 gemeinschaftliche, Frieden sichernde Regeln geeinigt zu
13 haben, schwindet aus dem Bewusstsein der Menschen.

14

15 Deshalb fordern wir:

16 **1. Die Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts**

17 Deutschland soll sich verstärkt für die Einhaltung und
18 Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts einsetzen,
19 insbesondere für den Schutz der Zivilbevölkerung in
20 bewaffneten Konflikten.

21

22 **2. Schaffung von mehr Bewusstsein für die Bedeutung des**
23 **Völkerrechts**

24 Die Bundesregierung sowie die SPD sollen auf allen Ebenen
25 die Bedeutung des Völkerrechts stärker herausstellen,
26 in den öffentlichen Diskurs einbringen und zur Förderung
27 eines breiten Verständnisses den Bildungsauftrag schärfen.
28

29

30 **Begründung**

31 Das Völkerrecht bildet das Fundament einer friedlichen
32 und stabilen internationalen Ordnung. Seine Glaubwürdigkeit
33 hängt maßgeblich davon ab, dass es universell angewendet
34 und nicht selektiv interpretiert wird.

35 Gerade in Zeiten zunehmender geopolitischer Spannungen
36 und wachsender globaler Unsicherheiten ist es von zentraler
37 Bedeutung, dass Deutschland und Europa als verlässliche
38 Akteure für die Einhaltung und Weiterentwicklung des
39 Völkerrechts eintreten.

40 Für die SPD ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung:
41 Als traditionsreiche Regierungspartei steht sie für eine Außenpolitik,
42 die sich an Recht, Kooperation und multilateralen Strukturen
43 orientiert. Die konsequente Stärkung des Völkerrechts ist daher
44 nicht nur ein rechtliches Gebot, sondern auch Ausdruck sozialdemokratischer
45 Grundwerte von Gerechtigkeit, Frieden und internationaler
46 Solidarität.
47

